

CHINAS LANGER MARSCH ZUR MECHANISIERTEN LANDWIRTSCHAFT

Rüdiger Machetzki

Das vorliegende Thema soll sich in zwei Teilthemen untergliedern, die in dieser Ausgabe und in der folgenden Ausgabe von CHINA aktuell abgehandelt werden.

Der erste Teil befaßt sich mit der staatlichen Mechanisierungspolitik, ihren Grundzügen und Schwerpunkten. Er trägt den Titel: "Die staatliche Mechanisierungspolitik: Landwirtschaft als Grundlage?"

Der zweite Teil befaßt sich an Hand eines im theoretischen Parteiorgan Hung-ch'i veröffentlichten Entwicklungsplans 1974 - 1980 der Großbrigade Hsin-ching (nahe Shanghai) mit den "örtlichen" Problemen, Vorstellungen und Leistungen auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Mechanisierung und Modernisierung. Er trägt den Titel: "Lernt Chinas Landwirtschaft von Ta-chai oder Hsin-ching Quo vadis?"

I.

DIE STAATLICHE MECHANISIERUNGSPOLITIK: LANDWIRTSCHAFT ALS GRUNDLAGE ?

Während der letzten Jahre haben sich im Einklang mit der Weisung Mao Tse-tungs "Der grundlegende Weg für die Landwirtschaft liegt in der Mechanisierung" verstärkte Tendenzen einer Politik der regionalen landwirtschaftlichen Mechanisierung und Modernisierung gezeigt. Hsiens, Volkskommunen und Produktionsbrigaden sind dazu aufgerufen, die "landwirtschaftliche Produktion und Mechanisierung nebeneinander her zu entwickeln, ... um die allseitige Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, der Nebenproduktionen und der Fischerei voranzutreiben und die Grundlage für eine modernisierte sozialistische Agrarwirtschaft in unserem Lande zu legen" (1).

Die Mittel für eine verstärkte Mechanisierung der agrarischen Produktion sollen durch die wachsende Leistungsfähigkeit sowohl der staatlichen Industrie als auch des lokal-industriellen Sektors bereitgestellt werden. Es lassen sich grob gesehen zwei Grundbereiche umreißen, die Energieversorgung und die maschinelle Modernisierung.

Leistungen und Grenzen der Energieversorgung im agrarischen Bereich sind gleichermaßen bemerkenswert. So ist allein der Elektrizitätsverbrauch des ländlichen China von 1962 rund 1,5 Mrd. Kilowattstunden auf 1971 ca. 5,5 Mrd. angewachsen und seither weiter gestiegen, was annähernd 8% des nationalen Gesamtverbrauches entspricht. Drei Viertel des ländlichen Verbrauches entfallen allein auf den mechanisierten Be- und Entwässerungssektor (2).

Es kann als gewiß vorausgesetzt werden, daß die ländliche Elektrizitätserzeugung Chinas auch während der nächsten Jahre beachtliche Fortschritte erzielen wird, aber die Grenzen der Entwicklung werden bereits sichtbar. Die großen Wachstumsraten der ländlichen Elektrizitätserzeugung waren vor allem durch den Bau vieler hundert Kleinkraftwerke lokal

finanzierter und betriebener Art ermöglicht worden. Bei einem Großteil dieser Anlagen handelt es sich um hydroelektrische Erzeuger, die naturgemäß in den wasserreichen agrarischen Irrigationsgebieten lokalisiert sind. Das heißt, daß vor allem die traditionell reicheren landwirtschaftlichen Regionen an der großen Steigerung der ländlichen Elektrizitätserzeugung und des -verbrauchs partizipierten, weil sie eher in der Lage waren, die Mittel für den Bau lokaler Kraftwerke eigenständig bereitzustellen. Der Großteil der wirtschaftsgeographisch benachteiligten Gebiete blieb aufgrund der ungünstigen natürlichen und finanziellen Ausgangsbedingungen mehr oder weniger stark unterelektrifiziert. Obgleich auch hier Fortschritte - in absoluten Zahlen - vermeldet werden, wächst der relative Abstand zu den agrarischen Schlüsselregionen kontinuierlich. Eine effektive Ausgleiche dieses Ungleichgewichts kann mit Sicherheit nur im Verbund direkter staatlicher Elektrizitätsversorgungszentren bewirkt werden. Diese Großanlagen sind bisher jedoch in erster Linie auf den ständig steigenden Bedarf des städtisch-großindustriellen Sektors (über 90% des nationalen Gesamtverbrauches) ausgerichtet. Ferner hat die Volksrepublik seit den fünfziger Jahren den Bau neuer, kapitalintensiver Elektroenergiezentren weitgehend zurückgestellt, weil sie entweder eine weitaus höhere Steigerung der nationalen Kohle- oder Ölproduktion erforderlich machten, als das bisher der Fall war, oder weil sie die Errichtung gigantischer neuer Wasserkontrollsysteme für die hydroelektrische Erzeugungsnutzung voraussetzten. Beide Alternativen scheinen für die Volksrepublik gegenwärtig (noch) nicht gangbar zu sein. Das Fazit dieser Situation ist, daß die Elektrizitätsversorgungsbasis für eine verstärkte agrarische Mechanisierung und Modernisierung in der nächsten Zukunft weitgehend auf

die landwirtschaftlichen Schlüsselregionen mit Wasserbausystemen beschränkt bleibt. Der relative landwirtschaftliche Produktions- und Mechanisierungsabstand zwischen diesen Regionen und dem großen Rest der Landwirtschaft wird demgemäß mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter wachsen. Diese Tatsache schließt, wie bereits angesprochen, ein absolutes Wachstum der agrarischen Produktion in den letzteren Gebieten nicht aus.

Insbesondere die steigende Erdölproduktion der Volksrepublik, die seit 1965 Öl selbstversorger ist, ermöglicht unter Umständen eine Mechanisierung und Modernisierung der wirtschaftsgeographisch benachteiligten Regionen auf der Basis von Verbrennungsenergie. Gegenwärtig fließen etwa 7 Mio. t oder rund 20% der nationalen Ölzerzeugung in die Landwirtschaft (3). Es muß jedoch einschränkend hinzugefügt werden, daß auch hier die reicheren, bereits im Stadium fortschreitender Mechanisierung begriffenen Agrarregionen naturgemäß den Mehranteil beanspruchen. Diese Tatsache läßt sich aus Zahlenangaben für den zweiten großen Bereich der landwirtschaftlichen Mechanisierungspolitik, die maschinelle Modernisierung und Ausstattung der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten mit industriellen Produktivgütern, belegen.

So gibt z.B. eine agrarische Schlüsselprovinz wie Kiangsu voll Stolz bekannt, daß 56% der landwirtschaftlichen Anbaufläche mechanisierte Be- und Entwässerungssysteme aufweisen, und daß die Volkskommunen sowie Produktionsbrigaden der Provinz mit 74.000 Kleintraktoren und 370.000 landwirtschaftlichen Produktions- wie Weiterverarbeitungs- maschinen ausgerüstet seien. Aufgrund dieser Tatsache können mehr als 40% aller Anbaufläche maschinell betreut werden (Traktorpflügen, maschinelle Ernte, Transport und Verarbeitung der Produktion). Nicht nur verfügt jeder Hsien der Provinz über eine Produktions- und Reparatereinheit für landwirtschaftliche Maschinerie, auch die Volkskommunen und Produktionsbrigaden besitzen großenteils entsprechende Reparatur- und Instandhaltungsmöglichkeiten (4). Andere reichere Provinzen wie Hopei (16 Motorenfabriken mit einer Kapazität von 2 Mio. Pferdestärken jährlich, 400.000 energiebetriebene Pumpbrunnen (5)) und Shantung (Verdoppelung der Großtraktorenproduktion, Verzwanzigfachung der Kleintraktorenherstellung gegenüber 1965 (6)) lassen ähnliche Entwicklungen erkennen.

Wie gewaltig die Kapazitätsausweitung insbesondere im Bereich der Kleintraktorenproduktion geworden ist, ergibt auch der folgende Vergleich. 1971 beliefen sich Schätzungen des nationalen Gesamtbestandes an Kleintraktoren auf bloße 75.000 Stück (7). 1974 verfügte allein die Provinz Kiangsu über offiziell genannte 74.000 Stück. Das heißt, Erfolgsmeldungen einer Verzwanzigfachung (Shantung, Kiangsu) sowie einer Verzweihunddreißigfachung (Gesamtchina) der Kleintraktorenproduktion gegenüber 1965 (8) müssen von ihnen ausgesprochen niedrigen Ausgangsmultiplikatoren gesehen werden. Schätzungen für Gesamtchina 1965 belaufen sich auf (!) 3.600 Stück (!), da erst 1964 mit der Kleintraktorenproduktion überhaupt begonnen wurde (9). Eine Verzweihunddreißigfachung bedeutet also eine absolute Zahl von rund 115.000 Kleintraktoren.

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Verwendung von Kleintraktoren hauptsächlich auf Reiserzeugungsgebiete beschränkt bleibt, also nur wenige Reisanbauprovinzen in Frage kommen, scheint der hohe Anteil von 74.000 Kleintraktoren der Provinz Kiangsu von insgesamt 115.000 Stück auf eine konzentrierte Vorzugsmechanisierung bestimmter reicher Agrarregionen hinzudeuten. Dennoch, im Vergleich zu einer hoch mechanisierten Reiswirtschaft wie der Japans, ist selbst eine Provinz wie Kiangsu noch extrem untermechanisiert, denn bei vergleichbarer doppelter Bevölkerungszahl und Anbaufläche besitzt die japanische Landwirtschaft mehrere Millionen Kleintraktoren im Gegensatz zu den 74.000 Stück in Kiangsu (10). Es zeigt sich also auch auf dem Sektor der maschinellen Modernisierung - ähnlich dem Bereich der Energieversorgung - ein deutliches Ungleichgewicht der landwirtschaftlichen Mechanisierungspolitik, das auf die weitaus stärkeren lokalen Ressourcen der reichen Agrarregionen zurückzuführen ist. Das heißt, der Aufbau der lokal-industriellen Sektoren in den ländlichen Gebieten Chinas - konzipiert als ein wirtschaftsgesellschaftliches Instrument zur ausgeglicheneren und eigenständigeren Entwicklung des ganzen Landes - hat zwar das absolute Wachstum in allen Teilen Chinas gefördert, aber der relative Abstand zwischen z.B. Yünnan und Kiangsu ist aufgrund der weitaus größeren "Eigenständigkeitskapazität" der letzteren Provinz weiter vertieft worden. Anders gesagt, das ideologisch-politische Ideal einer Einebnung des "großen Unterschiedes zwischen Stadt und Land" scheint nur unzulänglich erreicht worden zu sein. Es läßt sich eine verstärkte Dreistufung verzeichnen. Der "große Unterschied" zwischen Stadt und reichem Land hat sich partiell verringert. Der "große Unterschied" zwischen Stadt und reichem Land einerseits und den armen Agrarregionen andererseits hingegen ist relativ größer geworden.

Es stellt sich an diesem Punkt die Frage, wonach arme und reiche Agrarregionen zu unterscheiden wären. Diese Frage läßt sich gewissermaßen indirekt durch die Grundlinie der landwirtschaftlichen Mechanisierungspolitik beantworten. So heißt es im Zusammenhang mit einer Konferenz zur landwirtschaftlichen Mechanisierung der Provinz Heilungkiang u.a.: "Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Mechanisierung muß beschleunigt und unsere Provinz schnellstens in eine kommerzielle Getreidebasis verwandelt werden mit einer großen Anbaufläche, die hohe und sichere Erträge abwirft." (11) An anderer Stelle wird gesagt: "Das Ziel der landwirtschaftlichen Mechanisierung Chinas ist es, sicherzustellen, daß die Anbauflächen sichere Hoherträge abwerfen, unabhängig von Dürren und Überschwemmungen. Zugleich mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinerie bauen viele Orte auch Be- und Entwässerungsmaschinen." (12)

"Dank des schnellen Wachstums der mechanisierten Be- und Entwässerung werfen jetzt über 33 Mio. ha Anbaufläche sichere Erträge ab, trotz Dürre oder Flutregens. All dies hat die wichtigen Voraussetzungen materieller und technischer Art für ein kontinuierliches Wachstum der Landwirtschaft geschaffen." (13)

Zwei Schlüsselbegriffe - sichere Ertragsgebiete (Wen-ch'an

t'ien) 稳产田 und sichere Hohertragsgebiete (Kao-ch'an wen-ch'an t'ien) 高产稳产田 - beinhalten sowohl die vorrangigen Zielvorstellungen der chinesischen Mechanisierungspolitik als auch die Unterscheidungsmerkmale für die ärmeren und reicheren Agrarregionen. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der VR China beläuft sich auf ca. 140 Mio. ha. 33 Mio. ha oder rund ein Viertel sind sogenannte "sichere Ertragsflächen", und wiederum ein Teil davon - 1971 geschätzte 13 Mio. ha bzw. ein knappes Zehntel der gesamten Nutzfläche (14) - wird als sogenannte "sichere Hohertragsflächen" deklariert. Ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche kann also als relativ reicheres Gebiet eingestuft werden.

Die Hauptziele der landwirtschaftlichen Mechanisierungspolitik liegen darin, die "sicheren Ertragsflächen" zu festigen und mehr noch den Anteil der "sicheren Hohertragsflächen" zu steigern. Nur in zweiter Linie erstrecken sie sich auf die Agrarregionen mit nichtklassifizierten Anbauflächen. Diese Prioritäten lassen sich an einigen wenigen Vergleichszahlen deutlich ablesen. Seit 1963 ist die Gesamt-hektarzahl der "sicheren Anbauflächen" nicht mehr gestiegen. In jenem Jahr betrug sie offiziell 33,5 Mio. ha. (15). Das heißt, die konkrete Agrarpolitik war weder vor noch seit der Kulturrevolution darauf ausgerichtet, die ungünstigen Agrarregionen mühsam mit "sicheren Anbauflächen" zu versorgen, sondern sie konzentrierte sich darauf, innerhalb der bereits bestehenden "sicheren Anbaugebiete" den Anteil der "sicheren Hohertragsgebiete" zu steigern. Nur ein einziges Mal - während der Großen Sprung-Phase 1958/59 - hatte sich die konkrete Agrarpolitik auf eine Ausdehnung der "sicheren Anbaugebiete" verschoben, d.h. auf eine Umwandlung landwirtschaftlicher Grenzwertflächen in "sichere Ertragsflächen". Demzufolge wurde 1959 die Irrigationserschließung von insgesamt 66,7 Mio. ha vermeldet (16). Will man diese Zahl nicht von vornherein in den Bereich der statistischen Mythologie verweisen, so muß man davon ausgehen, daß die ephemären "Sprung"-Bemühungen eine ökonomische Sackgasse darstellten, aus der man im Verlaufe der Krise der "Drei bitteren Jahre" 1960-62 mühsam herausfand. Fest steht, daß 1963 wieder bloße 33 Mio. ha genannt wurden, eine Zahl, die auch bereits 1957 gegolten hatte. Das heißt also, daß die "sichere" Gesamtanbaufläche seit der Zeit des Ersten Fünfjahresplans 1953-57 nicht mehr vergrößert worden ist. Im Gegensatz dazu stieg die Gesamtzahl für die "sicheren Hohertragsgebiete" mit energiebetriebenen Be- und Entwässerungsnetzen sowie einem relativ hohen Grad an maschineller Ausstattung von 1963 7,6 Mio. ha auf die bereits erwähnten 13 Mio. ha 1971 (17) und ist seither ständig weiter ausgedehnt worden. Hauptziel der Mechanisierungspolitik ist nicht die quantitative Neugewinnung rentabler Ertragsflächen in den wirtschaftsgeographisch benachteiligten Regionen der Volksrepublik, sondern die Steigerung der Produktion in denjenigen Gebieten des Landes, die bereits seit den frühen fünfziger Jahren als die agrarischen Zentralregionen gelten. Dazu Aussagen eines Berichts der chinesischen Nachrichtenagentur zum 25. Jahrestag der Volksrepublik:

"Das Neue China hat die landwirtschaftlichen Bedingungen in weiten Teilen des Landes verändert durch den Bau von Wasserregulierungsprojekten im Großmaßstab, durch die

Bändigung der unbeständigen Flüsse und die Verbesserung der Bewässerungsmöglichkeiten ... Das Yangtze-Delta und das Perflußdelta, das Tung-ting-Gebiet und die Ebene, die durch den Yangtze und den Han-Fluß bewässert wird, sind alle in wichtige Getreideproduktionsbasen umgewandelt worden ... Das Neue China hat den Huai-Fluß, den Gelben Fluß und den Hai-Fluß gebändigt, ... deren Täler ein Drittel des chinesischen Ackerlandes ausmachen und von mehr als einem Drittel der Bevölkerung bewohnt werden. Diese Flüsse sind gebändigt und nutzbar gemacht worden für die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion ... In der Wasserregulierungspolitik betont China drei Dinge: 1. Kleine Projekte, 2. Be- und Entwässerungssysteme mit vollständigen Zusatzeinrichtungen, 3. Projekte, die durch die Volkskommunen sowie ihre Produktionsbrigaden und Produktionsmannschaften unternommen werden. Während die großen und mittleren Projekte, die das Rückgrat des nationalen Wasserregulierungsnetzes bilden, mit Investitionen der Zentrale ... gebaut werden, wird eine weit größere Anzahl kleiner Projekte durch die Kommunen und ihre Unterabteilungen gehandhabt ... Die großen und mittleren Projekte spielen die Hauptrolle bei der Kontrolle ernster Fluten und Dürren, aber sie müssen durch kleine ergänzt werden ... In einem Vierteljahrhundert hat das Neue China 130.000 km Deiche entlang der großen Flüsse neu errichtet oder ausgebaut, mehr als 100 künstliche Stichkanäle zur Verhinderung von Fluten oder Wasseranstauungen erstellt, mehr als 2000 große und mittlere Reservoirs gebaut und eine Anzahl von anderen großen und mittleren Projekten einschließlich Schleusen und Wasserauffangbecken vollendet. In der Zwischenzeit haben die Kommunen sowie ihre Produktionsbrigaden und -mannschaften zahlreiche kleine Projekte in den Flußtälern mit eigenen Mitteln errichtet ... Die Praxis des 'Auf zwei Beinen Gehens' hat die Umwandlung der Flußtäler beschleunigt ... Die Flußbändigungsvorhaben sollen nicht nur Fluten verhindern, sondern sie sind auch zur Bewässerung, Hydroenergieerzeugung und Wasserversorgung der Städte usw. gedacht". (18)

Die "großen und mittleren Projekte", das "Rückgrat des nationalen Wasserregulierungsnetzes", stellen großenteils das Ergebnis der agrarischen Investitionen der fünfziger Jahre dar. Während der Zeit des Ersten Fünfjahresplans 1953-57 hatte die staatliche Planung annähernd die Hälfte aller landwirtschaftlich orientierten Investitionen - nahezu vier Prozent des gesamten staatlichen Investitionsprogramms (19) - für die Wasserregulierung der oben erwähnten Flußsysteme eingesetzt. Seit dieser Zeit sind keine aufwendigen Neuprojekte im Großmaßstab mehr zu verzeichnen gewesen. Der Hauptanteil der staatlichen Investitionen in diesem Bereich dient seither eher der Umstellung der bestehenden Großsysteme auf eine Energiebasis sowie der Unterstützung der kleineren, lokal errichteten Anschlußnetze. Das heißt also, um es zu wiederholen, daß sowohl die Errichtung von neuen Anlagen als auch die Bereitstellung einer entsprechenden Energiebasis vor allem auf jene Regionen beschränkt bleibt, in denen die agrarischen Investitionsschwerpunkte bereits während der fünfziger Jahre lagen. Die Politik des "Auf zwei Beinen Gehens" hat diese Entwicklungsrichtung

eher verfestigt denn revidiert. In den Gebieten, in denen der Staat während der fünfziger Jahre die überlokalen Voraussetzungen eines Wasserregulierungssystems im Großmaßstab geschaffen hatte, waren auch die wirtschaftsgeographischen Ressourcen und die Kapazitäten der neuen Lokalindustrien am größten. Dort konnten die kleinen "Be- und Entwässerungssysteme mit vollständigen Zusatzeinrichtungen" eine ökonomisch sinnvolle, "ergänzende" Rolle spielen. Unter diesen Gesichtspunkten hat die Annahme, daß die "Praxis des 'Auf zwei Beinen Gehens' die Umwandlung der Flußtäler beschleunigt" hat, durchaus ihre Berechtigung. Es erhebt sich allerdings die Frage, wie jene benachteiligten Agrarregionen Chinas den Weg der Mechanisierung gehen werden, denen nur ein schwaches, lokales "Bein" zur Verfügung steht und die bisher größtenteils ohne den Staat auskommen müssen. In diesem Zusammenhang wird die prominente Rolle, die das "politische" Ta-chai-Modell zur Entwicklung der Landwirtschaft spielt, verständnisvoll.

"Ta-chai ist eine Produktionsbrigade in der Gebirgsgegend der nordchinesischen Provinz Shansi ... Die Brigade hat ein Dorf, das vor der Befreiung sehr arm war, in eine blühende, neue sozialistische Landschaft verwandelt. Sie hat es dadurch getan, daß sie auf dem Kommando der proletarischen Politik bestand und die Bauern in den MaoTse-tungideen erzogen hat ... und dem Prinzip der Eigenständigkeit und der harten Arbeit folgte. Der Weg Ta-chais ist der Weg, den der Vorsitzende Mao für die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft Chinas hervorgehoben hat". (20)

Die Tatsache, daß Ta-chai "häufig Zehntausende von Besuchern - ländliche Kader und Arme und Untere Mittelbauern aus anderen Teilen des Landes - hat, die gekommen sind, um aus den außer gewöhnlichen Erfahrungen zu lernen" (21), ist nicht nur durch ideologisch-politische Ideale zu erklären. Zumindest seit 1970-71 dient Ta-chai auch als ein praktisches Demonstrationsmodell dafür, was alle diejenigen Regionen zu tun haben, denen staatliche Unterstützung kaum zufließt (22). Angesichts der vorrangigen Konzentration der staatlichen Agrarinvestitionen auf die landwirtschaftlichen Schwerpunktregionen sind die Produktionseinheiten der restlichen Landesteile nicht nur aus ideologischen Gründen dazu angehalten, "revolutionären Heroismus der Massen" zu beweisen. Um Mao Tse-tungs Worte zu verwenden, "schlechte Dinge können in gute Dinge verwandelt werden".

Es zeigt sich also, daß die staatliche Planung durchaus mit dem Wesen volkswirtschaftlicher Kostenrechnung vertraut ist, wenn es um den Einsatz eigener Investitionsmittel geht. Möglicherweise haben die negativen Erfahrungen mit der "Sprung"-Irrigation und der "neuen Revolution der Bebauungsmethoden" entscheidend dazu beigetragen. Es ist offensichtlich erkannt worden, daß unter den gegenwärtigen Leistungsbedingungen der Volksrepublik China schwerpunktmäßig dort mechanisiert und modernisiert werden muß, wo die lokalen Ressourcen und die agrarische Kapazität genügend stark sind, um die staatlichen Investitionen volkswirtschaftlich sinnvoll zu machen, d.h. wo die Landwirtschaft wirklich "auf zwei Beinen gehen" kann. Es muß

noch einmal wiederholt werden, daß diese Tatsache keineswegs eine absolute Vernachlässigung der restlichen Agrarregionen Chinas beinhaltet. Ein Minderteil der staatlichen Mittel fließt auch in diese Gebiete, um dort die lokale Entwicklung zu fördern. Nur angesichts der ideologisch-politischen Totalforderung einer Einebnung des "großen Unterschiedes zwischen Stadt und Land" sollte die Realität eines relativen Wachstums dieses "großen Unterschiedes" nicht unterbetont werden. Es sollte z.B. festgehalten werden, daß allein die Provinz Hopei über 400.000 energiebetriebene Pumpbrunnen verfügt, und die Provinz Kiangsu 56% ihrer landwirtschaftlichen Fläche mit mechanisierten Be- und Entwässerungsanlagen ausgestattet hat (23), wenn man folgende Aussage liest:

"Wasserregulierungsprojekte sind mit erhöhter Geschwindigkeit gebaut worden und Be- und Entwässerungspumpen sind ... seit 1966 in großen Zahlen produziert worden. Die Gesamtkapazität dieser Pumpen, die jetzt in den ländlichen Gebieten Chinas verwandt werden, beläuft sich auf rund 30 Mio. Pferdestärken, was der vierfachen Zahl von 1965 entspricht. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der energiebetriebenen Pumpbrunnen von gut 100.000 auf 1,3 Mio. erhöht. Diese Tatsache begründet sich teils aus der erhöhten Kaufkraft der Volkskommunen ... und teils aus dem steigenden Angebot der industriellen Abteilungen." (24)

Die vorangehenden Aussagen geben Anlaß zu der Frage, welche wirtschaftspolitischen Instrumente und Mechanismen der chinesische Staat vorrangig verwendet, um seine eigenen Investitionen durch eine möglichst optimale Komplementarität der lokalen Ebenen zu reproduzieren. Grob unterteilt läßt sich ein Katalog von vier wirtschaftspolitischen Maßnahmebereichen erkennen:

1. Steuerpolitik; absolute Fixierung der agrarischen Kollektivsteuer der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten unabhängig von Produktionszuwächsen.
2. Preispolitik; staatliche Preisregelung zur allmählichen Schließung der Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Produkten und agrarisch benötigten Industrieprodukten.
3. Kreditpolitik; "aktive" Produktivkreditausweitung zur Erhöhung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten aufgrund der gestiegenen "Produktion von agrarischen Produktionsmitteln"; damit verbunden eine "aktive" Beratungs- und Anleitungsfunktion der staatlich kontrollierten Kreditgenossenschaften im Bereich der Produktionskostenplanung sowie hinsichtlich der allgemeinen Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbreite und -tiefe.
4. Technisch-fachliche Ausbildungspolitik; verstärkte Bereitstellung staatlicher, provinzieller und subprovinzieller Ausbildungsmöglichkeiten für ein Reservoir an qualifizierten agrotechnischen und lokal-industriellen Fachkräften sowie für einen vergrößerten Personalbestand auf dem Sektor des landwirtschaftlichen Planungs- und Rechnungswesens.

Zum ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmebereich des Staates, der steuerpolitischen Fixierung der landwirtschaftlichen Steuerabgaben, läßt sich folgendes feststellen. Die agrarischen Kollektivsteuern, die der Staat von den einzelnen

Produktionseinheiten einzieht, waren in der Frühzeit der Volksrepublik auf der Grundlage eines "normalen Bruttoertrages" festgesetzt worden. Der Begriff "normaler Bruttoertrag" beinhaltet erstens, daß nicht der tatsächliche Ertrag besteuert wird, sondern ein rechnerischer Durchschnittsertrag. Zweitens beinhaltet er, daß die Produktionseinheiten auch für denjenigen Teil der Produktion besteuert wurden, den sie seit 1953 an den Staat zu staatlich fixierten "Nominalpreisen" markteretzender Natur verkaufen müssen. Der letztere Aspekt wird im Anschluß behandelt werden. Hinsichtlich der agrarischen Kollektivsteuer waren die Abgabesätze so reguliert, daß sie 1952 12% der "normalen" Produktionserträge der einzelnen Produzenten ausmachten. In dem Maße, in dem die landwirtschaftliche Produktion stieg, ist die faktische Steuerhöhe von 12% auf gegenwärtig 5% gefallen (25). Diese Tatsache führt zu einer Mutmaßung, die das bereits angesprochene Problem der Ungleichheit betrifft, die aber mangels weiterer statistischer Angaben nicht endgültig bestätigt werden kann. Da die agrarischen Steuerabgaben 1952 jeweils 12% der "normalen" Produktion der einzelnen Produzenten ausmachten, muß es sich aufgrund des unterschiedlichen Produktionswachstums der einzelnen Produktionseinheiten bei der Zahl von gegenwärtig 5% um einen nationalen Durchschnittswert handeln. Daraus folgert sich, je größer der Produktionszuwachs der einzelnen Produktionseinheiten, desto niedriger ihr gegenwärtiger steuerlicher Prozentsatz. Das hieße, daß die wohlhabenderen Produktionseinheiten faktisch geringer besteuert würden, um die Steuerpolitik als ein wirksames Instrument der Produktivmotivation zu erhalten.

Die Tatsache, daß der chinesische Staat die faktischen Agrarsteuersenkungen verhältnismäßig mühelos akzeptieren kann, läßt sich aus zwei Gründen erklären. Zum einen nimmt die Bedeutung der Agrarsteuern für den staatlichen Haushalt fortschreitend ab. Zum anderen wird das traditionell feindselige Verhalten zwischen der staatlichen Herrschaft und der bäuerlichen Dorfbevölkerung abgebaut und die Gefahr einer gleichsam antistaatlichen "Kollektivsolidarität" der bäuerlichen Produktionseinheiten gebannt. Ansätze zu einer solchen Fehlentwicklung hatte es während der fünfziger Jahre durchaus gegeben.

In der Frühphase des wirtschaftlichen Aufbaus hatte das agrarische Steueraufkommen eine entscheidende Rolle im Rahmen der staatlichen Haushaltsplanung gespielt. Im Jahre 1950 z.B. waren noch rund drei Viertel des staatlichen Haushaltes durch Steuereinnahmen gedeckt worden und nur ein Viertel durch nichtsteuerbedingte Einnahmen (vor allem Einkommen aus staatlichen Industrieunternehmen). Rund 30% des gesamten Haushaltsvolumens entfielen allein auf agrarische Steuereinnahmen. Bis 1957 hatte sich das Verhältnis von steuerbedingten und nichtsteuerbedingten Haushaltsanteilen auf rund 50% zu 50% verschoben, und der Anteil der agrarischen Steuereinnahmen war auf knapp 10% gesunken. 1959 hatte sich das Verhältnis weiter verändert auf rund zwei Drittel (nichtsteuerbedingt) zu einem Drittel (steuerbedingt). Die agrarischen Steuereinnahmen machten nur noch ca. 6% des gesamten Haushaltsaufkommens des Staates aus (26). Für die Jahre 1973-74 meldet ein Bericht

der chinesischen Nachrichtenagentur zum 25. Jahrestag der Volksrepublik:

Das Kapital für den Aufbau Chinas kommt hauptsächlich aus den sozialistischen Unternehmen, die den Staat mit rund 90% seines jährlichen Einkommens versorgen". (27)

Dementsprechend entstammen nur noch 10% des staatlichen Haushaltsvolumens gegenwärtig steuerlichen Einnahmen. Geht man davon aus, daß die agrarischen Steueranteile am gesamten Steueraufkommen der VR China 1959 nur noch rund 16% ausmachten - 3,3 Mrd. Yuan von 20,5 Mrd. Yuan (28) -, so beläuft sich der agrarische Steueranteil am Gesamthaushalt des Staates 1973-74 auf höchstens 1,6%. Da der agrarische Anteil am Gesamtsteuervolumen wegen der weitaus stärker gewachsenen Industrieproduktion - damit verbunden industriell-kommerzielle Steuerzuwächse - mit Sicherheit gesunken ist, dürfte der tatsächliche agrarische Steuerbeitrag zur Deckung des Staatshaushaltes 1973-74 bei wahrscheinlich 1% liegen. Das bedeutet, daß die agrarischen Steuereinnahmen zu einer haushaltspolitischen quantité négligeable geworden sind. Es dürfte der zentralen Finanz- und Wirtschaftsplanung daher kaum schwer gefallen sein, auf agrarische Mehreinnahmen zu verzichten, insbesondere wenn an die "Gewinne" im Bereich der ökonomischen Psychologie gedacht wird, d.h. an mögliche Steigerungen der Produktivmotivation der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten.

Der zweite Grund der steuerpolitischen "Abstinenz" des Staates im Bereich der Landwirtschaft ergibt sich aus den Entwicklungserfahrungen der chinesischen Führung während der fünfziger Jahre. Der Erste Fünfjahresplan 1953-57 - der "sowjetische Weg zum Sozialismus" - hatte der staatlichen Schwerindustrie den absoluten Investitionsvorrang eingeräumt. Leichtindustrie und Landwirtschaft waren zurückgestellt worden. Vor allem die Landwirtschaft sollte im Prozeß der "sozialistischen Akkumulation" eine der staatlichen Industrie untergeordnete Funktion der Kapitalbildung und -beschaffung ausüben. Unter diesen Umständen mußte eine agrarische Steuerquote von 12% eine nicht unerhebliche Belastung darstellen, zumal die Produktionskapazität nur gering oberhalb des nationalen Existenzminimums lag. Wie sehr sich die bäuerliche Bevölkerung dieser Belastung zu entziehen versuchte, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß 1957 viele Produktionseinheiten zwei Arten von Büchern führten, eine, die die tatsächlichen Produktionszahlen für interne Zwecke festhielt, und eine andere für den offiziellen Rechnungsvorgang gegenüber den staatlichen Instanzen (29). Die faktische kontinuierliche Steuersenkung im agrarischen Bereich bei gleichzeitigem Produktionszuwachs diente daher u.a. auch dem bereits erwähnten Ziel, eine antistaatliche Allianz der dörflichen Kollektivproduktion zu verhindern.

Von größerer Bedeutung als die Steuerpolitik ist der zweite wirtschaftspolitische Maßnahmenbereich des Staates, die Preispolitik. In den frühen fünfziger Jahren, als die Landwirtschaft in erster Linie eine kapitalbildende und -beschaffende Funktion gegenüber dem Staat ausübte, wurde - abgesehen von steuerlichen Belastungen - der Mehr-

wert der agrarischen Produktion vor allem dadurch abgeschöpft, daß der Staat ein Ankaufsmonopol gegenüber der agrarischen Produktion durchsetzte. So waren die agrarischen Produzenten seit 1953 dazu gezwungen, alle über den staatlich kontrollierten Eigenbedarf hinausgehenden Mehrerträge zu marktersetzenden Nominalpreisen an den Staat zu verkaufen. Die staatlichen Nominalpreise - nur unwesentlich über dem Entstehungskostenniveau - lagen im Rahmen der damaligen Bedingungen naturgemäß weit unter einem möglichen Marktpreisniveau. Gleichzeitig betrug die Gewinnspannen des staatlichen Industriesektors beim Verkauf seiner Produkte an die landwirtschaftlichen Produzenten im allgemeinen 40% bis 100%, was wiederum mit industriellen Investitionserfordernissen gerechtfertigt wurde (30).

Spätestens seit der Großen-Sprung-Phase 1958-59 jedoch begann die Wirtschaftsplanung der Partei und des Staates zu erkennen, daß die Errichtung optimaler politischer Organisations- und Kontrollmechanismen allein nicht ausreichte, die Landwirtschaft entscheidend voranzubringen. Anders gesagt, das Ergebnis dieser Erkenntnis war offiziell seit dem X. Parteitag im September 1962 die Realisierung der Politik "Landwirtschaft als Grundlage, Industrie als führender Faktor".

Eine relative Umverlagerung der staatlichen Investitionen von der Schwerindustrie zur Leichtindustrie und Landwirtschaft war eine der Folgen. Eine andere war die konsequente Veränderung der Preispolitik. Die harte Abschöpfung des agrarisch produzierten Mehrwertes einerseits und das verhältnismäßig hohe Preisdiktat für industrielle Erzeugnisse andererseits hatten die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten weitgehend eingeengt. Kurz gefaßt, die extreme Preisschere zwischen agrarischen Produkten und landwirtschaftlich benötigten Erzeugnissen der Industrie reduzierte nicht nur die objektiven ökonomischen Möglichkeiten zur Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft. Sie mußte ferner auch die subjektiven Motivationen der ländlichen Bevölkerung und das Bewußtsein für die Sinnhaftigkeit landwirtschaftlicher Entwicklung eingrenzen. Mit Beginn der Politik "Landwirtschaft als Grundlage" und mehr noch durch den Ausbau des lokalindustriellen Sektors als Transferglied zwischen staatlicher Industrie und Landwirtschaft änderten sich auch die preispolitischen Entwicklungsvorstellungen des Staates. Folgende Berichte sprechen für diese Tatsache:

"Die Warenverkaufspreise werden durch den Staat festgelegt. Der Staat läßt fortwährend Waren auf den Markt fließen zu stabilen Preisen, um so einen reibungslosen Produktions- und Aufbauverlauf zu gewährleisten sowie die Sicherheit des Lebens der Menschen. Die Preise für solche alltäglichen Gebrauchsgüter wie Getreide, Baumwollstoff, Salz und Kohle haben sich während der letzten zwanzig Jahre nicht verändert ... Um die Schere zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Produkte, die noch aus der alten Gesellschaft stammt, zu verringern, hat der Staat des öfteren die Ankaufspreise landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerzeugnisse plangerecht erhöht, und die Verkaufspreise für Kunstdünger, Vernichtungsmittel, Dieselöl und andere landwirtschaftliche Produktionsmittel sind gesenkt

worden. Dies hat die Bauern in die Lage versetzt, ihr Einkommen zu erhöhen und mehr Manufakturerezeugnisse für für das gleiche Geld zu kaufen." (31)

"Im Zuge dieser Entwicklungen hat sich die Kollektivakkumulation der Volkskommunen ständig erhöht, und die Volkskommunen sind in die Lage versetzt worden, eine wachsende Zahl von Landmaschinen zu kaufen. Gleichzeitig hat der Staat wiederholt die Preise für Landmaschinen gesenkt, was die schnelle Entwicklung der landwirtschaftlichen Mechanisierung stimuliert hat." (32)

"China hat das Problem gelöst, seine wachsende Bevölkerung zu unterhalten. Es hat ein ständig steigendes Angebot an Nahrungsmitteln, Kleidung und anderen alltäglichen Gebrauchsgütern erzielt ... Im Vergleich zu 1952 hat sich der Verkauf von Seide und Wolltextilien mehr als verdreifacht und bei Wollgarnen mehr als verzwanzigfach. Der Verkauf von Konsumgütern wie Uhren, Fahrrädern, Nähmaschinen und Radiogeräten ... hat sich um das Zwölf- bis Hundertfache erhöht ... Der Staat hat mehrmals die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Haupt- und Nebenprodukte erhöht und die Verkaufspreise von Manufakturerezeugnissen gesenkt. Als Ergebnis dessen erhalten die Bauern gegenwärtig um zwei Drittel mehr an Manufakturerezeugnissen im Austausch für die gleiche Menge an landwirtschaftlicher Produktion, als dies in der frühen Zeit nach der Befreiung der Fall war." (33)

"Chinas Binnenmarkt ist seit der Gründung der Volksrepublik China ständig lebhafter geworden, insbesondere ... seit der Kulturrevolution. Der Gesamtan- und -verkauf von Konsumgütern war 1973 mehr als siebenmal so hoch wie in den frühen Jahren nach der Befreiung ... Die Reserven an Materialien, die für die Volkswirtschaft und den Lebensunterhalt der Menschen wichtig sind, haben sich ebenfalls sichtlich vergrößert." (34)

"Chinas Finanzen und Währung sind ... seit 1949 stabil geblieben dank der kraftvollen wirtschaftlichen Entwicklung und des blühenden Binnenmarktes ... All dies hat die schädlichen Einflüsse der langanhaltenden Inflation des Alten China ausgelöscht und hat zu einem unabhängigen, einheitlichen und stabilen sozialistischen Währungs- und Finanzsystem geführt ... und so die solide Grundlage für die Stabilität des Renminbi gesorgt. Aufgrund der staatlichen Politik der Währungswarterhaltung ist die Kaufkraft des Renminbi seit langem die gleiche geblieben ohne Fluktuationen." (35)

Zusammengefaßt lassen sich folgende für die landwirtschaftliche Entwicklung wichtige Gesichtspunkte der staatlichen Preispolitik erkennen.

1. Weitgehende Übereinstimmung von nominalem und realem Wirtschaftswachstum aufgrund einer annähernden "Null"-Inflation.

2. Allmähliche Schließung der Preisschere zwischen agrarischen und agrarisch benötigten industriellen Erzeugnissen bei Erhaltung der Stabilität des preislichen Gesamtniveaus. (Es ist nicht bekannt, ob die gegenwärtige staatliche Wirtschaftsplanung der Volksrepublik China indextheoretische Kontrollverfahren zur Erstellung interner

Preisindices verwendet oder nicht. Es ist jedoch zu vermuten, daß die komplexen Preisausgleichsprozesse der Volkswirtschaft nicht ohne statistische Grundlagen bewältigt werden könnten.)

3. Steigerung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten für Produktiv- (und Konsum-)güter seit 1962 und 1971 ("Landwirtschaft als Grundlage" bzw. Vierter Fünfjahresplan), erstens durch eine Steigerung des Realeinkommens der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten um rund 65% ("zwei Drittel") aufgrund der partiellen Preisscherenschließung und zweitens durch absolute Produktionssteigerungen (offizieller nationaler Durchschnitt langfristig 4%), die insbesondere in den für die Mechanisierung bevorzugten Regionen die offizielle Rate des Bevölkerungswachstums von 2% übertroffen haben und somit auch zu Pro-Kopf-Steigerungen geführt haben, und drittens steuerliche Minderbelastung. Es läßt sich daher mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaupten, daß sich die Kollektivkaufkraft der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten während der letzten zehn bis fünfzehn Jahre zumindest in den agrarischen Vorzugsregionen als ein Minimum real verdoppelt hat.

4. Verbesserung des Lebensstandards der einzelnen bäuerlichen Haushalte durch eine kontinuierliche Erhöhung der familiären Realeinkommen einerseits und durch eine Ausdehnung des Marktangebotes an persönlichen Konsumgütern andererseits. Sicherlich, die Grenzen der familiären Konsumtoleranz werden nach wie vor durch die Vorrangigkeit der "Produktion der Produktionsmittel" gezogen, aber allein die Tatsache, daß heute mit Stolz verkündet wird, "der Verkauf von Konsumgütern wie Uhren, Fahrrädern, Nähmaschinen und Radiogeräten habe sich um das Zwölf- bis Hundertfache erhöht", kontrastiert augenfällig mit der "revolutionären Askese" vergangener Jahre und mit der kulturrevolutionären Unduldsamkeit gegenüber "ökonomischen" Verhaltensweisen.

Eine zusammenfassende Bewertung aller staatlich-politischen Maßnahmen zur Intensivierung des landwirtschaftlichen Wachstumsprozesses während der letzten Jahre erinnert in vieler Hinsicht an die "Irrlehre" des Bucharinismus in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, die ebenfalls von einer vorrangigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Grundlage ausging und den Motor des nationalen Aufbaus in der Stimulierung der materiellen Motivationen der dörflichen Bevölkerung sah. Bucharins Motivations Schlagwort "Obogaschaetes" war die russische Übersetzung des aus der französischen Revolutionsgeschichte stammenden Kampfrufes "Enrichissez-vous (Bereichert euch)". Bucharins Entwicklungsstrategie scheiterte nicht zuletzt am dogmatischen Widerstand der harten bolschewistischen Fraktion innerhalb der KPdSU. Es setzte sich stattdessen die von Preobraschenski konzipierte Politik der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation" und des "sozialistischen Monopolismus" durch, die später allgemein als (stalinistischer) sowjetischer Weg zum Sozialismus bekannt werden sollte. Kennzeichen dieses Weges war - wie damals noch offen zugestanden wurde - die "Ausbeutung" des bäuerlichen Privatsektors zu Gunsten des sozialistischen Industriesektors der Wirtschaft. Der Geist dieses Weges manifestier-

te sich schon in der keineswegs zufälligen Wortwahl "ursprünglich sozialistische Akkumulation", die direkt auf Marx' Terminus "ursprüngliche Akkumulation" zurückgeführt ist und die "ausbeuterischen" Kapitalbildungspraktiken der frühen Bourgeoisie gegenüber den Bauern und Kolonien umschrieben hatte. Der sowjetische Weg zum Sozialismus glich in den Methoden also dem britischen Weg zum Kapitalismus. Die Rechtfertigung lautete: Quod licet Jovi, non licet bovi. Trotz aller Schäden für die sozialistische Gesellschaft, das Ziel einer wachsenden Planwirtschaft wurde erreicht. Es ist eben die Kraft dieses langfristigen Erfolges gewesen, die verständlich macht, weshalb die VR China in ihrer Frühphase dem "sowjetischen Weg" folgte. Es stellte sich jedoch nach kurzer Zeit heraus, daß ein grundlegender Unterschied zwischen beiden Ländern bestand. Während es in der Sowjetunion darum gegangen war, den Mehrwert der agrarischen Produktion zu Zwecken der staatlichen Industrialisierung möglichst effektiv abzuschöpfen, erkannte die chinesische Führung nach einer volkswirtschaftlich kostengünstigen Trial-and-error-Phase, daß der abzuschöpfende Mehrwert der landwirtschaftlichen Produktion erst einmal geschaffen werden mußte. Die Politik "Landwirtschaft als Grundlage" war das Ergebnis dieses Erkenntnisprozesses. Die "motorischen" Optionen für diese Politik waren nicht groß. Es blieben eine ideologisch motivierte Gemeindisziplin und materielle Anreize. Zwischen beiden Polen variiert die Volksrepublik seither mehr oder weniger scharf. Je mehr sie sich der letzteren Option nähert, desto näher ist sie dem Geist der Bucharinschen "Irrlehre". Nicht nur das, desto erfolgreicher scheint sie volkswirtschaftlich zu werden. Wenn Liu Shao-ch'i als "Chinas Chruschtschow" verurteilt worden ist, werden dann die verantwortlichen Führer des Vierten Fünfjahresplans möglicherweise einmal als "Chinas Bucharins" bezeichnet werden?

Der dritte große Bereich der staatlichen Stützungs politik des landwirtschaftlichen Mechanisierungs- und Modernisierungsprozesses ist der Sektor der Kreditpolitik und der "aktiven Investitionslenkung" durch die lokale Ebene des Banksektors. Die kontinuierliche starke Verbesserung der Realeinkommen der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten (zumindest in den agrarischen Vorzugsregionen) hat sich direkt auf den ländlichen Sparprozeß ausgewirkt. Die Sparquoten des familiären Sparens und der kollektiven Spareinheiten sind während der letzten Jahre erheblich gestiegen (zumindest in den reicheren Gebieten). So war z.B. der Zuwachs an Spareinlagen in der Provinz Chekiang während der ersten acht Monate dieses Jahres bereits größer als während des gesamten Jahres 1973. In der Provinz Hunan stiegen die Einlagen bis zum August dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 1973 um durchschnittlich 17,2% und in den ländlichen Teilen der Provinz sogar um 19,5%. In Kiangsu belief sich die Zuwachsrate für den gleichen Zeitraum auf 13,1% und in der Provinz Liaoning auf 17,8%.

Die erheblich wachsenden Spareinlagen der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten sind jedoch nicht nur ein agrarpolitisch rein positiver Faktor. Sie signalisieren möglicherweise auch eine potentielle "Fehlentwicklung" im Hinblick auf die verstärkten landwirtschaftlichen Mechanisierungsabsichten des Staates. Einerseits stellt der ländliche Sparprozeß

zwar einen zuverlässigen Gradmesser der kollektiven Konsumdisziplin dar, andererseits aber müssen die ständig wachsenden Einlagen insofern Anlaß zu staatlicher Besorgnis geben, als sie auch auf eine nicht optimale Bereitschaft zu Produktivinvestitionen hindeuten könnten. Aus einer solchen Situationsbeurteilung heraus ließe sich auch die unübersehbare "Ausweitungphase" der staatlichen Kreditpolitik erklären. Die Basisebene des staatlich zentralisierten Bank- und Kreditsektors, die sogenannten Hsien-Kreditgenossenschaften, sind dazu angehalten, die Aufnahme von Produktivkrediten durch landwirtschaftliche Produktionseinheiten "aktiv" zu fördern und zu initiieren. Hierzu ein ausführlicher Bericht über die Kreditgenossenschaft des Lo-ping hsien in der Provinz Kiangsi:

"Durch die richtige Lenkung der Beziehungen zwischen der Produktion und der ländlichen Wirtschaft hat die Geschäftsstelle der Kreditgenossenschaft des Lo-ping hsien in Yung-shan dazu beigetragen, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Gegen Ende 1973 hatte sich die Kreditmenge, die eine örtliche Volkskommune aufgenommen hatte, von 1965 116.300 Yüan ... auf bloße 4.900 Yüan verringert, während die Spareinlagen der Kollektivmitglieder gleichzeitig von 10.300 Yüan auf 96.800 Yüan gestiegen waren ... Die Spareinlagen der Kommune bei der Kreditgenossenschaft beliefen sich auf 135.000 Yüan, und der Investitionsfonds betrug über 432.000 Yüan. Das Einkommen der Kollektivmitglieder hatte sich spürbar erhöht. Vor der Kulturrevolution war die Funktion der Geschäftsstelle darauf begrenzt gewesen, den Kollektiven Anleihen zu gewähren, und es waren keine aktiven Maßnahmen ergriffen worden, die Produktion zu fördern. Die Führung in der Arbeit zur Stützung der Landwirtschaft wurde verstärkt ... Als Ergebnis dessen steigerte sich die Produktion im gleichen Jahr ... Folgende Maßnahmen sind von der Kreditgenossenschaft ergriffen worden:

(1) Von der Unterweisung in Finanzierungsangelegenheiten bis zur Mitwirkung beim Abbau des Investitionskapitals.

Durch die Unterstützung zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion während der letzten Jahre hat die Geschäftsstelle (Yung-shan) der Kreditgenossenschaft ... dazu beigetragen, ein System für die Züchtung von Arbeitsochsen, für die Reparatur landwirtschaftlichen Geräts, für die Sammlung von Naturdünger, für die Lagerung von Saatgut und für die eigenständige Aufbringung von Investitionskapital einzuführen. Dieses System hat das Investitionskapital weitgehend reduziert und die Produktion gefördert ... Durch sorgfältiges Finanzgebaren hat die Produktionsbrigade (Yu-cha) die nichtproduktiven Ausgaben 1973 um 51% gegenüber 1972 und um 60,3% gegenüber 1971 gesenkt. Das Kollektiveinkommen hat sich dadurch um 8,4% erhöht, und die jährliche Distribution an die Kollektivmitglieder stieg um 13,8% je Haushalt. Der gemeinsame Investitionsfonds stieg ebenfalls um 15,4%. So haben sich Produktion, Einkommen und Investitionskapital alle vergrößert, und die Kollektivwirtschaft hat sich weiter entwickelt.

(2) Unterstützung bei der Aufbringung von Investitionskapital durch eine gute Geschäftsführung der Hsien-Kreditgenossenschaft.

Die geschichtlichen Erfahrungen haben die Geschäftsstelle (Yung-shan) der Hsien-Kreditgenossenschaft davon überzeugt, daß die Bereitstellung von Investitionskapital die Voraussetzung für die Förderung der Produktion ist. Um die Kreditgenossenschaft gut zu führen, ist es notwendig, der Initiative der Kreditgenossenschaft ebenso freien Lauf zu lassen wie der Initiative der Massen. Brachliegendes Kapital sollte rechtzeitig zur Lösung auftretender Probleme eingesetzt werden. (Ein Kader in der Geschäftsstelle der Kreditgenossenschaft ... hat mehrere Jahre lang die Produktionseinheiten und Haushalte auf dem Lande besucht, um sowohl bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen als auch ihre Unterstützung für die Kreditgenossenschaft zu gewinnen.) 1973 erhielt die Geschäftsstelle mehr als 9900 Yüan an Spareinlagen von den Kollektivmitgliedern, wodurch die Einlagen von 1972 um 94,4% übertroffen wurden. Die Kollektiveinlagen beliefen sich auf 269.000 Yüan, 7,5% mehr als 1972.

(3) Unterstützung zur Lösung von Investitionskapitalproblemen.

Die Geschäftsstelle (Yung-shan) der Kreditgenossenschaft mißt sorgfältigen Untersuchungen als einem Mittel zur Unterstützung der Kommunen und Produktionsbrigaden große Bedeutung bei, ... um deren Finanzprobleme zu lösen. Während des letzten Winters und Frühjahrs haben die Genossen der Geschäftsstelle 14 Produktionsbrigaden und 145 Produktionsmannschaften auf dem Lande aufgesucht und bei der Aufbringung von Kapital für Produktivzwecke mitgeholfen ... Vor Einbringung der Herbsternnte entdeckten sie, daß einige der Saaten in der Produktionsbrigade Yang chia nicht gut wuchsen. Nach sorgfältigen Untersuchungen fanden sie heraus, daß nicht genügend Dünger verwendet worden war. Sie übernahmen die Initiative und arrangierten mit der Kommune eine Anleihe von mehr als 4000 Chin (2,4 t, RM) Dünger und halfen den Mitgliedern der Produktionsbrigade, Naturdünger zu lagern. Als Ergebnis dessen hat die Brigade eine gute Ernte.

(4) Unterstützung zur Steigerung der Produktion durch Arbeit unter den Bauern.

Die Geschäftsstelle (Yung-shan) der Kreditgenossenschaft machte sich die Notwendigkeit klar, an der Produktion der Kollektivmitglieder teilzunehmen und sich an der Produktionsplanung sowie Produktionsleitung zu beteiligen, um die tatsächlichen Bedürfnisse der Kollektivmitglieder zu verstehen. 1973 arbeiteten die Mitglieder der Geschäftsstelle (Yung-shan) unter den Bauern der Ersten Produktionsmannschaft der Produktionsbrigade (Lung-cha). Sie machten sich daran, die Massen zu mobilisieren und halfen ihnen, ihr Produktionspotential im Geiste der Eigenständigkeit voll zu erschließen ... Trotz ungünstigen Wetters und Insektenplagen überstieg der durchschnittliche Getreideertrag je Anbaueinheit in dieser Produktionsmannschaft die im Nationalen Agrarprogramm festgesetzten Normen. Die jährliche Distribution an die Kollektivmitglieder übertraf die von 1972 um 4,4%." (37)

Wenn der obige Bericht repräsentativ für die Arbeit der Hsien-Kreditgenossenschaften ist, dann lassen sich unter den vorgegebenen Gesichtspunkten folgende Grundtendenzen erkennen.

1. Steigende Finanzreserven der Volkskommunen und Produktionsbrigaden zumindest in den reicheren Regionen sowie eine nicht optimale Ausnutzung dieser Reserven, die möglicherweise sowohl durch die bäuerliche Mentalität des "Sicherheitssparens" als auch durch mangelnde fachliche Kapazität in der Investitionsplanung bedingt ist. Die Zahlen der örtlichen Volkskommune (nominal = real) hatten folgendes Bild ergeben:

	1965	1973
Kreditäre Verschuldung	116.300 Y	4.900 Y
Kollekt. Spareinlagen	135.000 Y	423.000 Y
Familiäre Einlagen	10.300 Y	96.800 Y

2. "Aktive Funktion" der Basisebene des staatlichen Bank- und Kreditsektors hinsichtlich der Zuweisung und Vermittlung von Produktivkrediten. Aufgabe der örtlichen Geschäftsstellen ist es u.a., die landwirtschaftlichen Produktionseinheiten zu höherer Investitions- und Kreditnahmebereitschaft zu bewegen. (... Bereitstellung von Investitionskapital Voraussetzung für die Förderung der Produktion; ... notwendig, der Initiative der Kreditgenossenschaften freien Lauf zu lassen; ... brachliegendes Kapital rechtzeitig einsetzen; ... arrangierten mit der Kommune eine Anleihe von 4.000 Chin Dünger; ... vor der Kulturrevolution war die Funktion der Geschäftsstelle darauf begrenzt gewesen, den Kollektiven Anleihen zu gewähren, und es waren keine aktiven Maßnahmen ergriffen worden, die Produktion zu fördern).

3. Die Betonung der Rolle des "Investitionskapitals" und der "Initiative der Kreditgenossenschaften" hinsichtlich der Steigerung der Produktion - parallele Deemphase der "Produktionsfaktoren von Ta-chai" wie "revolutionärer Heroismus der Massen" und "Kommando der proletarischen Politik" in den Mechanisierungsregionen - findet eine Entsprechung in der materiellen Motivationsbetonung gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung. Letztere dient als Motor zur Steigerung der örtlichen Investitionsbereitschaft. (... so haben sich Produktion, Einkommen und Investitionskapital alle vergrößert; ... das Einkommen der Kollektivmitglieder hat sich spürbar erhöht; ... das Kollektiveinkommen hat sich um 8,4% erhöht und die jährliche Distribution an die Kollektivmitglieder um 13,8% je Haushalt; ... überstieg der durchschnittliche Getreideertrag je Anbaueinheit in dieser Produktionsmannschaft die im Nationalen Agrarprogramm festgesetzten Normen. Die jährliche Distribution an die Kollektivmitglieder übertraf die von 1972 um 4,4%). Die Argumentationskette ist für die örtlichen Produktionseinheiten deutlich sichtbar: Höhere Investitionen - höhere Produktion - höhere Einkommen.

4. Unter Punkt 1 ist bereits erwähnt worden, daß die nicht optimale Investitionstätigkeit der landwirtschaftlichen Produktionseinheiten u.a. auch auf eine gegenwärtig noch unterschiedliche Minderkompetenz und -kapazität im Bereich der Investitions- und Produktionskostenplanung zurückzuführen ist. Die "aktive Funktion der Kreditgenossenschaften", die landwirtschaftlichen Produktionseinheiten zu höherer Investitionsbereitschaft zu bewegen, muß daher eng mit einer Führungs- und Einweisungsfunktion gegenüber den Produktionseinheiten verbunden sein, um das sachver-

ständige Rationalitäts- und Rentabilitätsbewußtsein in der Produktion, Planung und im Rechnungswesen der Produktionseinheiten zu erhöhen. Eine intensivere Realisierung der vielfach nicht optimalen "Returns" von Kollektivinvestitionen muß als eine wesentliche Voraussetzung zur Erhöhung der lokalen Investitionswilligkeit angesehen werden. Die im obigen Bericht erwähnte Arbeit unter den Bauern sollte daher nur in zweiter Linie als ein Mittel zur "ideologischen Selbstreinigung" verstanden werden. Es handelt sich nicht so sehr um die Praktizierung des "politisch" motivierten, berühmten Rotationsprinzips - "Berichtigung des bürokratischen Arbeitsstils" oder "Einebnung des großen Unterschiedes zwischen intellektueller und körperlicher Arbeit" -, sondern vor allem darum, "sich an der Produktionsplanung sowie Produktionsleitung zu beteiligen" und "das Produktionspotential voll zu erschließen". "Die Führung in der Arbeit zur Unterstützung der Landwirtschaft wurde verstärkt". "Als Ergebnis dessen steigerte sich die Produktion im gleichen Jahr".

Unter dem Gesichtspunkt einer wichtigen "motorischen" Anleitungs- und Unterstützungsposition der Kreditgenossenschaften wird auch die Tatsache verständlich, daß während der letzten Zeit eine Forderung ständig nachhaltiger wiederholt worden ist, wonach die zentrale Führungsrolle der Partei auf allen Ebenen gestärkt werden muß, in der landwirtschaftlichen Produktionssphäre allgemein und in der agrarischen Finanzsphäre im besonderen. Die verstärkte Führungsrolle der Partei soll möglicherweise nicht nur einer besseren Kontrolle der wachsenden Finanzkapazität der örtlichen Ebene dienen, sondern auch darüber hinaus verhindern, daß das politische Machtmonopol der Partei auf der örtlichen Ebene allmählich unterlaufen wird. Die Eigenständigkeit der lokalen Produktionseinheiten soll von vornherein so weit beschränkt bleiben, daß die Tendenzen zu einer rivalisierenden Allianz zwischen örtlichen Fachkadern und Finanzfachleuten eingedämmt werden. Befürchtungen solcher Art sind keineswegs unreal. Sie lassen sich in den folgenden Aussagen erkennen:

"Es muß beachtet werden, ob ein Hsien bei der Entwicklung von landwirtschaftlichen Nebenproduktionen den Feldanbau und die Viehzucht als Hauptfaktor betrachtet oder ob er die Neigung zeigt, monetäre Gewinne als Schlüssel zu nehmen. Es muß beachtet werden, ob ein Hsien die von ihm und den Volkskommunen betriebenen Industrien und Unternehmen im Dienste der Landwirtschaft einsetzt oder ob er die Neigung zeigt, den Profiten das Kommando zu überlassen. Es muß beachtet werden, ob ein Hsien die Gesamtsituation berücksichtigt, die Interessen des Staates, der Kollektive und der Individuen berücksichtigt ... oder ob er nur einen Teil berücksichtigt und die Pflichten gegenüber dem Staat nicht erfüllt". (38)

Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, heißt es:

"Gegenwärtig im Gefolge der sich ständig verbessernden Situation in Revolution und Produktion und in der Finanzarbeit müssen die Parteikomitees auf allen Ebenen die Führung stärken und die Finanzarbeit in ihr Arbeitsaufkommen einbeziehen... Der Vorsitzende Mao hat uns unterwiesen: 'Jedes sozialistische Unternehmen muß darauf achten, die menschliche Arbeitskraft und die Ausrüstung so voll wie möglich zu

nutzen. Es muß danach streben, die Arbeitsorganisationen, Betriebsführung und Arbeitsproduktivität so weit wie möglich zu verbessern, so wirtschaftlich wie möglich mit der menschlichen Arbeitskraft und dem Material umzugehen, den Wettbewerb und das Rechnungswesen wirksam werden zu lassen. Es muß danach streben, die Produktionskosten zu verringern, das persönliche Einkommen und das Investitionskapital jährlich zu erhöhen.' Die Führungsorgane auf allen Ebenen und in allen Unternehmen müssen diese Weisung des Vorsitzenden Mao ausführen, sich auf die Massen stützen, die Linie und Politik der Partei befolgen, die Staatspläne allseitig erfüllen und ein korrektes sozialistisches Akkumulationskonzept festigen. Wir müssen streng unterscheiden zwischen der Stärkung der Betriebsführung und der wachsenden sozialistischen Akkumulation einerseits sowie dem Kommando der Profite andererseits." (39)

"Ob ein Hsien-Parteikomitee die Betonung auf die Führung in der ländlichen Arbeit und in der landwirtschaftlichen Produktion legt oder nicht, ist auch eine Frage, welche Linie durchgeführt wird. Nicht nur die in erster Linie verantwortlichen Genossen des Hsien-Parteikomitees müssen sich persönlich mit der Landwirtschaft befassen, sondern das Hsien-Parteikomitee als ganzes muß die Beschleunigung des Aufbaus der sozialistischen Landwirtschaft als seine Hauptaufgabe ansehen. Gleich welche Front oder Abteilung sie leiten, alle Führungsmitglieder des Hsien-Parteikomitees müssen dies als Ausgangspunkt bei der Betrachtung von Problemen nehmen. Nur so können sie die Führung durch die Partei in der Landwirtschaft ideologisch und organisatorisch gewährleisten." (40)

Und schließlich heißt es:

"Während der letzten Jahre haben viele Parteikomitees der Hsiens und Volkskommunen sowie der Staatsbanken in der Provinz die Führung über die Kreditgenossenschaften gestärkt. Sie haben Studienklassen für die Kreditgenossenschaften eingerichtet, Kreditarbeitskonferenzen durchgeführt und die Betriebsführung der Kreditgenossenschaften verstärkt. Das hat das Bewußtsein der Kreditgenossenschaftskader gehoben und ihre Rolle als Helfer der Staatsbanken voll zur Geltung gebracht ... Während der letzten Jahre haben Kreditgenossenschaften in verschiedensten Teilen der Provinz bewußte Anstrengungen unternommen, den Kommunen und Produktionsbrigaden dabei zu helfen, gute Arbeit in der Rechnungsführung zu leisten, die Kommunen demokratisch, wirtschaftlich und sorgfältig zu leiten und das Finanzwesen zu stärken. Das hat die Kollektivwirtschaft konsolidiert." (41)

Der vierte große Bereich staatlicher Unterstützungspolitik der landwirtschaftlichen Mechanisierung und Modernisierung ist der Sektor der technisch-fachlichen Ausbildung. Über diesen Bereich ist in anderen Arbeiten bereits so ausführlich berichtet worden, daß es sich erübrigt, näher auf ihn einzugehen. Es sei nur eine kurze Aussage zur erneuten Verdeutlichung zitiert:

"Die Teilnehmer (einer Provinzkonferenz zur landwirtschaftlichen Mechanisierung) meinten, daß es als Folge des schnellen Anstiegs landwirtschaftlicher Maschinen

und der weiten Entwicklung des mechanisierten und wissenschaftlichen Anbaus in unserer Provinz notwendig ist, bessere Arbeit in der Zuweisung und Handhabung der Maschinen zu leisten. In der Diskussion wiesen die Teilnehmer darauf hin, daß zuerst das politisch-ideologische Bewußtsein und die technische Befähigung allen Personals gehoben und ein Kontingent von landwirtschaftlichen Bedienungsfachleuten herangezogen werden muß, das sowohl rot als auch sachverständig ist. Gleichzeitig mit der Weiterführung der regulären politisch-ideologischen Arbeit und der regulären technischen Ausbildung sollten sich alle Orte auch darauf konzentrieren, mehr Personal planvoll auszubilden. Im Verlauf der Einrichtung von großen und mittleren landwirtschaftlichen Maschinenschulen auf Provinzebene und Facharbeiterschulen auf Regional- und Stadtebene müssen auch alle Hsiens ... in der gesamten Provinz in den nächsten zwei bis drei Jahren landwirtschaftliche Maschinenschulen für eine durchlaufende Ausbildung von mehr Personal errichten. Von den Kommunen müssen Kurzlehrgänge durchgeführt werden, wenn es die Umstände erlauben. Neben der Ausbildung von hauptberuflichem landwirtschaftlichem Maschinenpersonal müssen Anstrengungen gemacht werden, die Menschen dazu zu bringen, daß man sich auf sie verlassen kann, daß sie bei der Handhabung und Zuweisung von landwirtschaftlichen Maschinen gute Arbeit leisten." (42)

In einer abschließenden Zusammenfassung bleibt noch zu bemerken, daß der landwirtschaftliche Mechanisierungs- und Modernisierungsprozeß in der Volksrepublik China während der letzten Jahre durchaus beachtliche Fortschritte gemacht hat. Diese Fortschritte konnten u.a. erzielt werden durch eine Konzentration der staatlichen Investitionsleistungen auf die agrarischen Schlüsselregionen, durch eine verstärkte Beteiligung der örtlichen Produktionseinheiten an den produktiven "Returns" ihrer eigenen landwirtschaftlichen und lokal-industriellen Investitionen, durch eine materielle Verbesserung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerung sowie durch steuerpolitische, preispolitische und fachausbilderische Unterstützungsmaßnahmen des Staates. Die verstärkte Betonung von Rationalitäts- und Rentabilitätskriterien ist bisher durchaus im übergeordneten Interesse des Staates und der Partei gewesen, da ihr politisches Macht- und Kontrollmonopol noch nicht ernsthaft durch lokale Interessenkonstellationen gefährdet worden ist. Daß sich diese Gefahr ausweiten könnte, wenn die Partei sich nicht das "ideologische und organisatorische" Führungsmonopol bewahrt, soll das Fazit der oben erwähnten Provinzkonferenz zeigen:

"Als Folge des Anstiegs der landwirtschaftlichen Maschinen sind bewußte Anstrengungen unternommen worden, die Frage der Orientierung und des Weges in der landwirtschaftlichen Mechanisierung zu lösen ... Aber der Kampf zwischen den zwei Klassen und zwei Wegen ist immer noch akut und schwierig an der landwirtschaftlichen Maschinenfront. Unter dem Einfluß der Theorie der Produktivkräfte, die von Liu Shao-ch'i und Lin Piao propagiert wurde, haben einige Genossen nur die Haltung und Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen erfaßt, ohne der Linie Beachtung zu schenken. Als Ergebnis dessen haben sie nur über die Maschinen und die Produktion einen festen Halt und ignorieren

den positiven Faktor Mensch, ganz zu schweigen vom Klassenkampf. In der Tat, die Frage der Orientierung und des Weges in die Entwicklung der landwirtschaftlichen Mechanisierung ist noch nicht entschieden.“ (43)

- 1) SWB, 27.9.1974.
- 2) Alva Lewis Erisman, China: Agricultural Development 1949-71, in People's Republic of China: An Economic Assessment, A Compendium of Papers Submitted to the Joint Economic Committee, Congress of the United States, S. 138; fortan Erisman.
- 3) Wolfgang Bartke, Taching - Chinas industrielles Beispiel, in C.a., Sept. 1974, S. 553.
- 4) SWB, Weekly Economic Report (WER), 23.10.1974, A 17.
- 5) Ebda.
- 6) SWB, WER, 23.10.1974, A 16.
- 7) Erisman, S. 139.
- 8) SWB, WER, 23.10.1974, A 16.
- 9) Erisman, S.139.
- 10) Ebda.
- 11) SWB, 27.9.1974.
- 12) SWB, WER, 23.10.1974, A 17.
- 13) SWB, WER, 23.10.1974, A 16.
- 14) Erisman, S. 134.
- 15) NCNA, 30.11.1963.
- 16) NCNA, 26.8.1959.
- 17) Erisman, S.134.
- 18) SWB, WER, 16.10.1974, A 11 - A 12.
- 19) Erisman, S. 118.
- 20) Tachai, Standard Bearer in China's Agriculture, Peking, 1972, Publisher's Note.
- 21) Ebda., S. 1.
- 22) Oskar Weggel, Das landwirtschaftliche Verteilungssystem im Wellenschlag der Revolution, in C.a. Dez. 1972, S. 19;25.
- 23) Siehe Anmerkung 4 und 5.
- 24) SWB, WER, 16.10.1974, A 11.
- 25) SWB, WER, 23.10.1974, A 4.
- 26) George N. Ecklund, Financing the Chinese Government Budget, Chicago, 1966, S. 20; fortan: Ecklund.
- 27) SWB, WER, 23.10.1974, A 4.
- 28) Ecklund, S. 20.
- 29) Cheng Chu-Yuan, Communist China's Economy, 1949-1962, Seton Hall University Press, 1963, S.338.
- 30) Jan Deleyne, Die chinesische Wirtschaftsrevolution, Reinbek bei Hamburg, 1973, S. 34.
- 31) SWB, WER, 16.10.1974, A 6.
- 32) SWB, WER, 23.10.1974, A 17.
- 33) SWB, WER, 16.10.1974, A 3.
- 34) Ebda.
- 35) SWB, WER, 16.10.1974, A 6.
- 36) SWB, WER, 23.10.1974, A 5 - A 6.
- 37) SWB, WER, 16.10.1974, A 4 - A 6.
- 38) SWB, 27.9.1974.
- 39) SWB, 18.10.1974.
- 40) SWB, 27.9.1974.
- 41) Ebda.
- 42) Ebda.
- 43) Ebda.